

Artikel gesucht.

HORCH UND GUCK, Zeitschrift zur kritischen Aufarbeitung der SED-Diktatur lädt für die folgenden Themenschwerpunkte zu Beiträgen ein. Bitte schicken Sie zunächst ein kurzes Exposé.

Heft 70, 4/2010

Lebenswelt NVA

In der Armee eines militarisierten Staates

Erscheint am 1. Dez. 2010, Redaktionsschluss: 15. Oktober 2010

Die Zeit bei der Nationalen Volksarmee (NVA) erlebten viele als tiefen Eingriff in ihr Leben. Manch einer litt nachhaltig unter erlebten Demütigungen. Doch darüber wird selten gesprochen. Erzählt werden meist nur die Anekdoten aus der Dienstzeit. Durch ein überzeugendes System der Einsatzbereitschaft waren Wehrpflichtige wochen- und monatelang ohne Ausgang und Urlaub in heimatfernen Kasernen eingesperrt. Viele Partnerschaften haben diese Zeit nicht überstanden; manchen Soldaten trieb die Situation in den Suizid. Junge Männer sollten in der Armee Unterwerfung lernen und wurden zugleich zu Akteuren der Unterwerfung der Bevölkerung. Die Grenztruppen waren dabei in besonderer Weise gegen das eigene Volk gerichtet. Doch auch die gesamte NVA sollte wenn nötig der Repression nach innen dienen. Und – daran ließ die SED-Propaganda keinen Zweifel – auch für die eventuelle Niederschlagung von Unruhen in den „Bruderstaaten“ stand sie bereit. Während ehemalige Offiziere die NVA gern als „Armee des Friedens“ verklären, griffen Feindbilderziehung und Militarisierung immer stärker in fast alle Bereiche des „zivilen“ Lebens ein.

Wie sah die Lebensrealität der Wehrpflichtigen in der NVA konkret aus? Wie erlebten sie Drill, Gehorsam und Befehlsnotstand einerseits und das geduldete bzw. geförderte Drangsalieren der Soldaten untereinander andererseits? Welche Gegenstrategien gab es, wann kam es zu Aufbegehren und widerständigem Verhalten in den Kasernen?

Heft 71, 1/ 2011

Sperrgebiet

Grenzfälle nach dem Mauerbau

Erscheint am 1. März 2011, Redaktionsschluss: 15. Januar 2011

Mit der Mauer mussten alle DDR-Bewohner leben lernen. Sie griff in den Alltag ein, auch wenn sie für die meisten nicht so direkt spürbar war, wie für die 200 000 Menschen, die im Sperrgebiet lebten. Ihre Dörfer waren streng kontrolliert. Man musste unter sich bleiben, denn Besucher von außen bekamen nur sehr selten die nötigen Passierscheine. Bevölkerungszuwachs sollte es dort nicht mehr geben, also wurde alles zurückgefahren: Betriebe verkleinert, Kultureinrichtungen geschlossen und Bahnlinien stillgelegt. Missliebige Bewohner wurden über Nacht zwangsausgesiedelt. Manche Gemeinden verschwanden mit der Zeit komplett. Das Leben im Sperrgebiet hatte sich nach den Bedürfnissen der Grenzsicherung zu richten.

sichtplatz.de

Kontakt: info@sichtplatz.de,
Tel. (030) 8855 2170 oder (0351) 500 89 29

Je schwerer das Alltagsleben auch wurde, die Bewohner der gesperrten DDR wurden auch belohnt: Sie bekamen einen Sperrzonenzuschlag, der bis zu 15 % des Gehalts ausmachen konnte. Doch dafür galt mancherorts fast eine Ausgangssperre für die Bewohner wie beispielsweise in Rüterberg. Der Ort war seit 1967 auch zur restlichen DDR hin durch einen Grenzzaun getrennt. Die Bewohner konnten ihr Dorf nur durch ein bewachtes Tor verlassen, das nachts geschlossen wurde. Zwischen 22 und 5 Uhr waren die Dörfler eingesperrt.

Unter solchen Bedingungen verließen viele Menschen das Sperrgebiet, ein Prozess, der durchaus gewollt war. Während die Dörfer und Kleinstädte an der Grenze schrumpften, wurde in die Grenzanlagen investiert. Was überall fehlte, war hier im Überfluss vorhanden: Baumaschinen, Material und Energie.

Muss man sich das Leben im Sperrgebiet wie in einer komprimierten DDR vorstellen? War die Ohnmacht noch größer als anderswo? Die Angst vor Konsequenzen wie der Zwangsaussiedlung? Oder die Bereitschaft zu Spitzeldiensten und zur Denunziation? Wie wirkten andererseits die größeren Fluchtchancen? Konnte man sich auch im direkten Schatten von Mauer und Grenzzaun unkontrollierte Freiräume schaffen? Gab es Opposition und Widerstand im Sperrgebiet?

Heft 72, 2/ 2011

„Sozialistisch lernen“

Die Erziehungs- und Fürsorgediktatur DDR

Erscheint am 1. Juni 2011, Redaktionsschluss: 15. April 2011

Seit den fünfziger Jahren wurde die DDR von westlichen Politikern und Journalisten immer wieder als „Erziehungsdiktatur“ bezeichnet. In der Wissenschaft fand der Begriff seit den neunziger Jahren Anwendung, wenn es um das Bildungswesen im weitesten Sinne ging. Dagegen setzte Konrad Jarausch den Terminus der „Fürsorgedikta-

tur“, welcher das SED-Regime insgesamt mit dem ihm eigenen Verquickung von Repression, Bevormundung, Versorgungs- und Sicherheitsversprechen charakterisiert. Alltagssprachlich verstanden, fasst ein Begriff wie "Fürsorge-Diktatur" die Spezifik des totalitär verfassten Systems aber kaum, denn am Gewaltpotenzial staatlicher Fürsorgeeinrichtungen in der Bundesrepublik entzündete sich beispielsweise die extremistische Kritik an der westlichen Demokratie seitens der späteren Terroristen der RAF.

Zu fragen ist, inwieweit die „Fürsorgediktatur“ DDR eine Zuspitzung der Gewalt war, die – radikal gefragt – jeder staatlichen Erziehung und „Fürsorge“ innewohnt. Oder waren die Intentionen jeglicher staatlichen Fürsorge in der DDR von vornherein derart auf Entmündigung und damit auf die Zurichtung von Untertanen ausgerichtet, dass staatliche Fürsorge- und Bildungsangebote nur ein für den Machtanspruch der SED instrumentalisiertes Mittel waren? Bezeugt demnach schon die Frage nach der Ambivalenz im Fürsorge-Anspruch von Bildungs- und Erziehungsinstitutionen der SED-Diktatur ein Unterschätzen ihres Gewaltcharakters?

Augenfälligstes Beispiel der Gewalt in den Fürsorgemaßnahmen der SED waren die Jugendwerkhöfe, die mit Arbeits- und Kollektiverziehung den oftmals von familiärer Gewalt verletzten Jugendlichen statt Schutz und Entfaltungsmöglichkeiten Disziplinierung, Kollektivzwang und oftmals rohe Gewalt durch Erzieher und peer-group zumutete.

Differenzierter erscheinen die Erfahrungen aus den Schulen der DDR. Wie nachhaltig wirkte die Gewalt durch Kollektivzwang, entmündigende Rituale, autoritäre Umgangsformen und Bevormundung? Welche Spielräume nutzten Lehrer, die ihre Erziehungsaufgabe nicht nur als Disziplinierungsauftrag wahrnahmen, sondern Schüler auch engagiert förderten und zu begleiteten? Verweigerten Mitarbeiter der Volksbildung auch die Mitwirkung an politischen Repressalien oder versuchten sie, diese gezielt zu unterlaufen und abzumildern?

Heft 73, 3/ 2011

Abgeschrieben im sozialen Märchenland

Armut in der DDR

Erscheint am 1. September 2010, Redaktionsschluss: 15. Juli 2011

Allen, die das SED-Regime schönreden möchten, dient der Sozialstaat DDR, der für seine Bewohner rundum gesorgt habe, als gewichtiges Argument. Jeder Arztbesuch war kostenlos, jeder hatte das Recht auf Arbeit, auf Wohnung, es gab keine Obdachlosen, keine Bettler und mithin keine Armut. Schnell entsteht das Bild vom verblicheneren Märchenland DDR, ein Bild das gern geglaubt wird und vielen als positives Gegengewicht zu den schlechten Seiten der SED-Diktatur wie Mauer, Schießbefehl und politische Verfolgung gilt. Dabei wirken einfach nur einige Tabuthemen des SED-Staats nachhaltig fort. Armut war eines von ihnen, doch die durfte es offiziell nicht geben. Dabei lebten – so eine Erhebung kurz nach der Wiedervereinigung – 1988 ungefähr zehn Prozent der DDR-Gesamtbevölkerung unter einer schon recht niedrig angesetzten Armutsgrenze, d.h. weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens. Doch ist das Einkommen allein in einer Zuteilungswirtschaft das wichtigste Armutsmerkmal? Der Zugang zu wichtigen Gütern, wie einer menschenwürdigen Wohnung oder einer angemessenen medizinischen Versorgung wurde nach ande-

ren Kriterien gewährt. Die Armut hatte viele Gesichter. Dass drei Generationen in einer kleinen Mietwohnung leben mussten, war keine Seltenheit. Die erwachsenen Kinder konnten mangels eigener Behausung nicht ausziehen, gründeten aber schon ihre eigene Familie. Heinrich Zilles Spruch, man könne einen Menschen mit einer Wohnung ebenso erschlagen wie mit einer Axt, bekam in der DDR eine ganz eigene Bedeutung. Auch in der Gesundheitsversorgung konnte man schnell zu denen gehören, für die bestimmte Therapien oder teure Import-Medikamente unerreichbar waren.



Soziales Elend hatte im sozialen Märchenland viele Gesichter. Allerdings sah man tatsächlich auf den Straßen keine Obdachlosen und keine Bettler. Das wäre „asoziales Verhalten“ gewesen und wurde nach § 249 StGB mit bis zu zwei Jahren Haft bestraft. Aber war diese Armut nun weniger ausgrenzend, als es Armut heute ist? Immerhin waren einzelne

Armutsmerkmale weit verbreitet. Wie nachhaltig war diese Armut? Unter welchen Bedingungen konnte man sich daraus befreien? Welche Armen hatten keine Chance? Warum und mit welchen Strategien wurde Armut weitgehend kollektiv verdrängt?